

# DER WINKER

**Bericht aus dem BR Fahrdienst/Zentralbetriebsrat**

→ mehr dazu Seite 2

**Weichendebakel - Armutzeugnis für Wiener Linien**

\*\*\*\*\*  
von Roman Böhm-Raffay

→ Nachzulesen auf Seite 2

**Auflistung von sonderbaren Ereignissen - Teil 1**

\*\*\*\*\*  
von Adriano Jansa

→ auf Seite 6

\*\*\*\*\*  
**Alle Jahre wieder**

Raimund „Mundi“ Napravnik - Sektor Süd

→ auf Seite 9

\*\*\*\*\*  
**Toleranzgrenzen**

von Richard Brandl - Sektor West

→ Seite 14

\*\*\*\*\*

**Rückenwind bei Kündigungsanfechtung**

Gastkommentar von RA Dr. Oliver Scherbaum

→ auf Seite 16

\*\*\*\*\*

**Sinn oder Unsinn bei V41k**

von Eva Harrer V41k

→ auf Seite 18

\*\*\*\*\*

**Arbeitszeit 37,5 Stunden ?????**

von Roman Böhm-Raffay - Sektor West

→ auf Seite 16

\*\*\*\*\*

**Warum nie wieder SPÖ - FSG**

von Friedrich Hidegethy - Sektor Mitte

→ auf Seite 19

\*\*\*\*\*

**Kurhaus Bad Schallerbach - Keine Erholung**

Gerhard Eder

→ auf Seite 20

\*\*\*\*\*

**Wichtige Themen bei B6**

von Rene König BR B6/PV B63

→ auf Seite 22



*Fröhliche  
Weihnachten  
und ein  
glückliches  
neues  
Jahr!*





**Asia – Therme:** Einstimmig wurde der Vertrag mit der Asia – Therme und IBG (Trainer) bis Ende 2014 verlängert.

**Mariahilfer Straße:** Nun wurde eine neue Linienführung vereinbart, skeptisch waren die GLB\_Betriebsräte bei der Fahrt durch die Begegnungszone zur Kirchgasse, es wurde jedoch versichert, dass die Situation beobachtet und laufend darüber berichtet wird.

Die Linie 13A fährt nun an allen Tagen über eine geänderte Strecke. Die Busse fahren ab Amerlingstraße weiter bis zur Kaunitzgasse, wo die Busse nach links zum Fritz-Grünbaum-Platz verschwenken und weiter in der Windmühlgasse fahren. Nun neuerlich links in die Capistrangasse und über die Begegnungszone Mariahilfer Straße zur Kirchengasse. Diese Streckenführung soll auch die Linie 2B ersetzen.

Die Haltestelle Neubaugasse U am Bundesländerplatz wird ersatzlos aufgelassen (außer der N71 hält weiter dort)

Die Haltestellen Windmühlgasse (wird neu errichtet Windmühlgasse bei Nr. 25) und Mariahilfer Straße/ Stiftgasse (derzeit für 2B) als Ersatz für Neubaugasse

**Ustrab/Matz:** In diesen Bereich wurden Platten verlegt, damit eine bessere Zufahrt möglich ist, da jedoch immer

mehr Fahrgäste dies nun als Abkürzung nutzen, wurde eine bessere Absicherung gefordert.

**Ustrab/Streckenabschnitt Laurenzgasse - Kliebergasse:** Nochmals verlangten die Betriebsräte des GLB Auskunft, wann es nun endlich zu einer Sanierung des Streckenabschnittes kommt.

Seit nun mehr als zwei Jahren darf dieser Abschnitt nur mit 15 km/h befahren werden und schön langsam kann man nur mehr den Kopf schütteln.

**Kleidertausch:** Alle drei Jahre steht hierzu den Bediensteten eine Wegzeit von 2 Stunden zu. Der GLB kritisierte, dass des Öfteren bei der Abholung nicht alle bestellten Kleidungsstücke vorhanden sind, hier werden noch Gespräche bezüglich einer nochmaligen Vergütung der Wegzeit geführt.

Die Bediensteten werden schriftlich im Hastus über die Abholung informiert.

**Weihnachtsgeschenk:** Heuer werden 25 € Gutscheine (Firma Sotex) vom Betriebsratsgremium ausgegeben.

Eure GLB-Betriebsräte

Eva Harrer, Roman Böhm-Raffay  
Richard Brandl BR, Adriano Jansa BR

---

**W i n k e r**

---

## Weichendebakel – Armutszeugnis für Wiener Linien

Den meisten Fahrern ist es sicherlich schon aufgefallen, immer mehr Weichen werden abgeschaltet und verpackt, der simple Grund - es fehlt an Ersatzteilen.

Zurzeit behelfen sich die Wiener Linien damit, dass nicht so stark frequentierte Weichen abgeschaltet, und wie man es so schön umgangssprachlich nennt, ausgeschlachtet werden.

Nun dürfen unsere Fahrer, wie in den sogenannten guten alten Zeiten, vor immer mehr Weichen anhalten, vom Zug heruntersteigen und sich körperlich betätigen, was im Winter ein sehr zweifelhaftes Vergnügen ist.

Dieses Problem ist nun schon seit Monaten mehr als präsent und man fragt sich unweigerlich, wie kompetent sind die zuständigen Verantwortlichen das es überhaupt soweit kommen kann?????

Solche Zustände findet man sonst nur in Entwicklungsländern - und wie wir jetzt merken - auch bei den Wiener Linien!

Traurig aber wahr!

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen ein stressfreies, ruhiges Weihnachtsfest und bessere Arbeitsbedingungen für das kommende neue Jahr!



Euer Kollege  
Roman Böhm-Raffay  
Mitglied BR- Fahrdienst/ZBR



## **Gehaltsverhandlungen 2013**

Gehaltsverhandlungen sind die elementarste Aufgabe der Gewerkschaft und es wird sich bald zeigen ob auch 2013 wieder einmal die Interessen unserer Mitglieder den Interessen der Rathausführung untergeordnet werden.

Nach den mageren Gehaltserhöhungen in den letzten Jahren, die unseren Bediensteten Reallohnverluste brachten, möchte ich an das Versprechen unserer Gewerkschaftsbosse erinnern, dass 2013 jedenfalls über der Inflationsrate abgeschlossen wird.

Laut Statistischen Zentralamt lag die Inflationsrate 2013 bei durchschnittlichen 2,15%, diese und ein Anteil am Wirtschaftswachstum ist abzugelten um endlich nach Jahren der Verluste auch für die Gemeindebediensteten und die in diesen Bereichen tätigen Kollektivvertragsbediensteten einen Reallohnzuwachs zu erreichen.

Die Lebenshaltungskosten stiegen in den letzten Jahren exorbitant, egal ob Mieten, Energie, Lebensmittel und nicht zu vergessen die Gemeindegebührenerhöhungen in fast allen Bereichen, brachten allen Wienern

erhebliche Mehrbelastungen, dazu gehören jedoch auch die Wiener Gemeindebediensteten. Während andere Gewerkschaften diese Verteuerungswelle mit zumindest moderaten Gehaltsabschlüssen linderten, traf es unsere Bediensteten voll, da sie in den letzten Jahren immer wieder mit Peanuts abgespeist wurden.



Eine der Hauptgründe ist zweifellos die mehr als noble zurückhaltende Vorgehensweise der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen, insbesondere im öffentlichen Bereich, wo die Verschränkung zwischen Politik und Gewerkschaft besonders in Wien sehr ausgeprägt ist.

Der GLB-Gemeinde fordert daher die Umsetzung der Versprechen von Seiten der Gewerkschaft und des Rathauses nach einer Abgeltung der Inflationsrate und einen Anteil am Wirtschaftswachstum ein und überreichte der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten folgende Gehaltsforderungen für unsere Gemeindebediensteten!

---

### **W i n k e r**

---

Sehr geehrtes Präsidium! Werte KollegInnen!

Die in nächster Zeit beginnenden Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst haben auch wir wieder zum Anlass genommen einige Überlegungen anzustellen und einen Vorschlag, basierend auf den uns zur Verfügung stehenden Wirtschaftsdaten, auszuarbeiten.

Nachdem die Reallohnverluste der letzten Jahre absolut nicht mehr aufzuholen sind und eine neuerliche Erhöhung der Energiepreise im Jänner 2014 ansteht, finden wir es mehr als gerechtfertigt bei den Gehaltsverhandlungen für das Jahr 2014 eine spürbare Erhöhung der Bezüge, Zulagen und Nebengebühren zu fordern.

Mit Berücksichtigung auf die labile Wirtschaftssituation wurde folgende Position beschlossen:

**4,2% Erhöhung auf Gehalt, Zulagen und Nebengebühren**

**Wirksamkeit: 1. Jänner 2014**

**Laufzeit: 12 Monate**

**Kein Stillhalteabkommen**

Wir ersuchen daher das Präsidium, den Zentralvorstand der GdG, diese unsere Vorschläge bei der Erstellung der Gehaltsforderung für das Jahr 2014 zu berücksichtigen und somit einen sozialen und gerechten Abschluss für unsere Bediensteten zu erreichen!

Mit gewerkschaftlichen Grüßen  
f.d. GLB GdG-KMSfB  
Roman Böhm-Raffay  
Vorsitzender GLB-GdG-KMSfB



Wien, 11. November 2013

### Einigkeit macht uns stark!

Die letzten Monate und Wochen haben eindrucksvoll gezeigt wie es mit Führung aussieht. Beginnen wir mit der Politik. Die letzten Wahlen, ob auf Landes- wie auch auf Bundesebene, sind geschlagen, das „Volk“ hat gewählt und wie aufgeweckte Bürger schon im Vorfeld wussten, es ändert sich GAR NICHTS. Inzwischen hat die politische Führung ein System etabliert welches aus beinahe jedem Wählervotum ein für sich immer gleich bleibendes Ergebnis subsummiert.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, bleibt bitte gedanklich bei diesem Beitrag, ich möchte sofort die Kurve zu unserem Unternehmen, und damit zu Deinem Interesse finden...



Auch im Unternehmen Wiener Linien kann man ähnliche, dem eigenen Personal gegenüber, präpotente Ansichten finden. Und auch hier gilt gleichermaßen, dass **dies nur möglich ist weil WIR es zulassen** und manchmal die eigene Ohnmacht ganz offensichtlich bekunden.

Es ist aus evolutionären Gründen, ein fast Naturgesetz, die Macht an sich zu reißen wenn keine ausgleichende, vielleicht in eine andere Richtung ziehende Kraft

Richard Brandl - Sektor West PV/BRE

vorhanden ist. Uneinige, sich selbst zerreißen, Mitarbeiter sind leicht zu führen und, bei gewissen Konstellationen von mangelnden „ehrlichen“ Führungsapparaten mit den aberwitzigsten Instrumenten im Schach zu halten. Da genügt es schon einmal da und einmal dort gewisse

Gerüchte zu streuen, sowie auch mit Fantasieprojekten a'la „Faire Fahrt“, Kunde-Partner-Ich“, „Save the Date“ u.s.w. Mitarbeiterbeteiligung vorzugaukeln und schon hat man eine leicht lenkbare Masse namens Personal. Aber was will ich eigentlich mit diesem Beitrag sagen...



Versuchen wir durch Einigkeit, eine fruchtbarere und lebenswertere Arbeitszeit zu schaffen.

Nur als kurzen Gedankenstoß für aktuelle Themen wie Dienstregelungen, Herkunft der Fahrdienstmitarbeiter, vielleicht nicht immer auf den ersten Blick erkennbare, individuelle Bedürfnisse einzelner Mitarbeiter und nicht zuletzt auch zum Verständnis gegenüber dem Image des GLB.

---

## Winker

---

### INFO für Vertragsbedienstete

#### Selbstbehalt bei allen medizinischen Leistungen ab Pensionierung

In den letzten Wochen wurde ich von einigen Bediensteten kontaktiert und mehr oder minder böse gefragt, „**Warum hat uns keiner informiert, dass wir in der Pension einen Selbstbehalt auf alle ärztlichen Leistungen haben**“.

Ich muss gestehen ich war ein wenig verwundert, da ich glaubte diese Information ist allgemein bekannt, aber ich werde dieses Versäumnis gerne nachholen.

Vertragsbedienstete wechseln nach ihren Ausscheiden von den Wiener Linien, bei Pensionierung zu der Pensionsversicherungsanstalt der Eisenbahner, ab diesem Zeitpunkt ist die Bkk der Wiener Linien nicht mehr zuständig.

Aktive und pensionierte Eisenbahner haben 20% Selbstbehalt auf alle ärztliche Leistungen, Heilbehelfe

und Medikamente, dies betrifft dann auch pensionierte Vertragsbedienstete.

Umgesetzt wird es so, dass man einmal im Monat einen Erlagschein bekommt, in dem alle in Anspruch genommenen Leistungen zusammengefasst sind, beim Arzt direkt muss nichts gezahlt werden, teure Leistungen z.B. Operationen sind gedeckelt.

Einfach zu sehen ist es wenn Vertragsbedienstete einen Kurantrag stellen, dieser wird bei den Eisenbahnern eingereicht.

Ich hoffe, dass nun alle Unklarheiten beseitigt sind, detailliertere Informationen bekommt ihr bei der Versicherungsanstalt der Eisenbahner

Euer Kollege Roman Böhm-Raffay

## Mit starken Partnern zu Ihrem Vorteil!



Seit über 50 Jahren bietet die **VORSORGE** allen, die in den Gemeindeverwaltungen Österreichs tätig sind und deren Familien, vorteilhafte **VORSORGE**-Lösungen und beste Betreuung. Direkt an Ihrem Dienstort. Ihren zuständigen Betreuer finden sie auf [www.vorsorge-gdg.at](http://www.vorsorge-gdg.at)

ZVR: 582972375



[www.vorsorge-gdg.at](http://www.vorsorge-gdg.at)

## **Spezielle Auflistungsserie von sonderbaren Gegebenheiten und Ereignissen innerhalb der Abteilung-BU und des Dienstgebers!**

Ereignis – Nr.: 01

Am 30. September 2012 wurde das Dienstverhältnis von Kollegen Vesely (U-Bahnfahrer), trotz einstimmigen Einspruches der örtlichen Bedienstetenvertretung, einseitig gekündigt.

Als Begründung dazu wurde vom Dienstgeber die gesundheitliche Nichteignung und eine Verletzung der Dienstpflicht geltend gemacht. Nachdem die durchaus bekannte Vorgehensweise der Wiener Linien „die zur unzulässigen Aussprache dieser Kündigung führte“ zur Gänze in Frage gestellt wurde, übernahm das GLB-Team die gewerkschaftsfreundliche Betreuung zu dieser Angelegenheit.

Im diesen Sinne wurde vom Kollegen Vesely eine bezugnehmende Informationsübersicht vorbereitet, welche vom GLB-Team als Beiblatt unserer Betriebszeitung „Der Winker“ unter den MitarbeiterInnen im Bereich-BU, in Umlauf gebracht wurde.

Nach kürzester Zeit war jedoch dieses Vorgehen der Anlass dafür, dass sich eine Führungskraft des Betriebsreferates-236 bei mir meldete und mich daraus resultierend mit Vorwürfen konfrontierte. Eine bezugnehmende Stellungnahme konnte aus zeitlichen Gründen der betroffenen Führungskraft, nicht entgegen gebracht werden. Lediglich wurde mir zum Gesprächsabschluss eine persönliche Aussprache zur Klärung des Sachverhaltes offeriert.

Jedoch kam eine dementsprechende Unterredung niemals zu Stande, da die Thematik von der Bereichsleitung-BU als hinfällig bzw. als geklärt deklariert wurde. Infolge dieses Statements wurde ein dazu bekannt gemachter Termin widerrufen und die an meine Person gerichteten Kritikpunkte einfach offen gelassen.

Aus diesem Anlass wurde von mir ein überblicksgewinnendes Schreiben zu dieser Causa erstellt und wie nachfolgend abgebildet am 22. Juli 2013 mittels Mail an die besagte Führungskraft des Betriebsreferates-236 zugestellt!

### **Sehr geschätzte(r) Frau/Herr XXXXXXXX!**

Bezugnehmend zu den von ihnen getätigten Informationsschreiben vom 03.06.2013 bzw. 07.06.2013 (letztere zwei als Anlage beigefügt), möchte ich wie folgt in eigener Sache Stellung beziehen.

### **Betreff: Schreiben vom 03. und 07. Juni 2013**

Wie sie den angeführten Schriftverkehr bereits entnehmen konnten, wurde ich von ihnen seit Ende April

um ein persönliches Gespräch zur Angelegenheit „Kundmachung einer schriftlichen Information zu Kollegen Vesely mittels Beiblatt zum Winker“, gebeten. Diesem Umstand zufolge gab ich ihnen als Hilfestellung und zur gewerkschaftsfreundlichen Überblicksgewinnung, meine persönliche Verfügbarkeit zu den Betriebswochen 19 bis 26 zwecks möglicher Terminvereinbarung bekannt. Jedoch wurde trotz meiner Bemühungen ein bereits bekannt gemachter Termin von ihnen widerrufen. Als Begründung wurde hierzu angegeben, dass seitens der Bereichsleitung sämtliche Anliegen hinfällig bzw. geklärt sind!



**Aufgrund dieser unfassbaren Vorgehensweise möchte ich mit folgender Fragestellung meinen offiziellen Protest als Interessensvertreter der Wiener Linien/Sektor BU in diesem Zusammenhang kundtun!**

Die Bereichsleitung sieht sämtliche Anliegen in dieser Angelegenheit als hinfällig und geklärt!

- Warum erfolgte die Kontaktaufnahme durch ihre Person bzw. warum standen sie mir unwissentlich als Ansprechpartner für die Bereichsleitung zur Verfügung?
- Durch welche Ansprechpartner bzw. infolge welcher Erkenntnisse sind die von ihnen an mich gerichteten Vorwürfe bzw. Kritikpunkte geklärt worden?
- Sind sie vom Bereichsleiter-BU mittels Weisung daran gehindert worden, den für den 11.06.2013 angesetzten Termin wahrzunehmen?

**Das Wort Konversation steht im allgemeinen für ein Gespräch unter Beachtung der Umgangsformen und -regeln!**

Infolge dieser Voraussetzung sollte es daher möglich sein, eine beidseitig geführte Konversation auch auf mehreren Etappen zum Abschluss zu bringen. Insbesondere wäre die beschriebene Situation erst recht gegeben gewesen, da eine in diesem Zusammenhang unbeantwortete Kritik von ihnen ausgesprochen wurde. Dem zufolge wurde mir in diesem Fall der dazu notwendig gewordene Argumentationsbedarf infolge ihrer nicht nachvollziehbaren Terminabsage genommen!

**Aus diesem Anlass möchte ich ihre Kritikpunkte nochmals wiedergeben und dementsprechend bestehende Wissenslücken schließen!**

Kritisiert wurde, dass ich in der Funktion eines Personalvertreters,

- Kollegen Vesely gewerkschaftsfreundlich unterstütze, obwohl dieser infolge seiner Kündigung nicht mehr im Dienstverhältnis steht
- eine von ihm erstellte Darstellung zu seiner Kündigung und ohne einer Erlaubnis der Wiener Linien in Umlauf gebracht hatte
- und somit eine einseitige bzw. rufschädigende Darstellung gegenüber den Dienstgeber Wiener Linien befürworte

**Stellungnahme zu Vorwurf 1:**

- Momentan betreue ich drei KollegInnen im Sektor BU, welche sich nicht mehr im Dienstverhältnis zu den Wiener Linien befinden. Wird die vom Dienstgeber ausgesprochene Kündigung durch zulässige Rechtsmitteln angefochten, so erfährt die anstehende Kündigung nur nach dementsprechender Urteilsverkündung (1 bis 3 Instanz) seine rechtswirksame Gültigkeit. Der Bedienstete kann bis zum genannten Zeitpunkt daher sehr wohl gewerkschaftsfreundlich betreut werden!

**Stellungnahme zu Vorwurf 2:**

- Als demokratisch gewählte und unabhängige Interessensvertretung behält sich der GLB-Gewerkschaftlicher Linksblock jederzeit das Recht vor, infolge seiner gesetzlich auferlegten Verpflichtungen und den notwendigen Aufgabenstellungen gegenüber seinen Kolleginnen und Kollegen, mit den ihr zu Verfügung stehenden Mitteln gegenüber dem Dienstgeber aufzutreten. Der in diesem Zusammenhang genannte Vorwurf, dass eine dienstgeberkritische Berichterstattung bzw. die Verteilungsaktion einer solchen Darstellung die Erlaubnis des Dienstgebers erfordert, ist entbehrlich und demokratiepolitisch äußerst bedenklich!

**Stellungnahme zu Vorwurf 3:**

- Obwohl von der örtlichen Bedienstetenvertretung ein einstimmiger Einspruch gegen die Kündigung von Kollegen Vesely gesetzt wurde, ist das Dienstverhältnis des Bediensteten einseitig

aufgelöst und vom Dienstgeber beendet worden. Aufgrund dieser brutalen und ungerechtfertigten Vorgehensweise, weise ich diesen Vorwurf mit aller Deutlichkeit entschieden zurück! Meiner Wahrnehmung zufolge, sind die Wiener Linien für die meisten Anlassfälle dieser Art erstverantwortlich, da ihnen letztendlich nur das eigene Spiegelbild aufgezeigt und somit zum Verhängnis wird!

**Mit freundlichen Grüßen**

**Adriano Jansa – PV/BRe GLB - Gewerkschaftlicher Linksblock**

Am 20. September 2013 wurde ich aufgrund eines dienstlichen Anlasses nach Erdberg ins Betriebsreferat-236 gerufen. Nachdem die angefallene Thematik zu dieser Zusammenkunft besprochen wurde, erfolgte zu meinem Schreiben vom 22. Juli 2013 noch ein kurzer Meinungsaustausch. In diesem wurde mir von der bereits erwähnten Führungskraft folgendes zur Kenntnis gebracht:

die genannten Vorwürfe sind so nicht ausgesprochen worden

die Beweggründe meiner Urgenz sind nicht nachvollziehbar

der von mir gewählte Schreibstil lässt zu wünschen übrig

weitere Anliegen meinerseits werden mit den Verweis an den Dienststellenausschuss, nicht mehr beantwortet

Das GLB-Team meint dazu nur, dass es anscheinend einigen Führungskräften im Bereich-BU leichter fällt, mit nicht haltbaren Vorwürfen um sich zu werfen als sich den gegebenen Tatsachen kritikfähig entgegen zu stellen! Inzwischen ist fast jeder Bedienstete der Wiener Linien in der bemerkenswerten Lage und Position, sich sein eigenes Bild über die derzeitigen Umstände in unserem Unternehmen zu machen, auch in dieser Angelegenheit! Die an das Betriebsreferat-236 gerichtete Fragestellung wurde natürlich bis jetzt noch nicht beantwortet.

**Weitaus besorgniserregender empfinde ich vier weitere Auffälligkeiten die Kollegen Vesely bei der Anfechtung seiner Kündigung begleiten!**

Momentan befindet sich dieses Verfahren noch immer

beim Arbeits- und Sozialgericht Wien in erster Instanz. Ein dementsprechendes Urteil wird erst für das Frühjahr 2014 erwartet!

- \* Wieso wurde Kollegen Vesely mittels Schreibens von der Personalstelle der Wiener Stadtwerke angekündigt, dass eine erneute Kündigung ausgesprochen werden muss, wenn bei diesem Verfahren das Dienstverhältnis als aufrecht befunden wird?

In diesem Verfahren wurde ich durch die Ausübung meiner Personalvertretertätigkeit bei den Wiener Linien von Kollegen Vesely als einer seiner Zeugen beim Arbeits- und Sozialgericht Wien genannt!

- \* Warum war die Einvernahme meiner Person vom Arbeits- und Sozialgericht Wien für jene Verhandlungstage (15. März 2013 und 27. Juni 2013) vorgesehen, an die ich jeweils einen ausbezahlten Erholungsurlaub im Ausland gebucht hatte?

Aufgrund dieser Gegebenheit musste ich die Abwesenheit an beiden Verhandlungstagen mittels Einschreibens entschuldigen! Zusätzlich machte ich auf die bis zum Jahresende anfallenden Erholungsurlaube (zwecks

Termingestaltung der nächsten Ladung) aufmerksam!

- \* Wieso fand dann am 07. November 2013 eine weitere Verhandlung ohne Ladung meiner Person am Arbeits- und Sozialgericht Wien statt, obwohl ich zu diesem Tag keinen Erholungsurlaub (lt. Hilfestellung) bekannt gegeben habe?

Natürlich gibt es noch keinen beweisbaren Zusammenhang zu einer möglichen Absprache zwischen unserem Dienstgeber und dem Arbeits- und Sozialgericht Wien! Das GLB-Team wird jedoch in Zukunft diese Thematik etwas genauer beobachten müssen!

Zum Abschluss möchte ich wieder zu einer Angelegenheit übergehen, die keine weitere Beobachtung bzw. einen Kommentar erfordert!

- \* Warum wurde Kollegen Vesely zwischenzeitlich von den Wiener Linien ein Haus- bzw. Betretungsverbot in die Räumlichkeiten der Direktion erteilt?
- \* Und was sagt die **Freiwillige Selbsthilfe Gruppe** zu dieser wertschätzenden Anmaßung gegenüber einem Kollegen, der seine Kündigung nur über dem Rechtsweg begegnet?

Adriano Jansa PV - U-Bahn

---

## Winker

---

### Urlaub – Was geht!

Zahlreiche Anfragen weisen auf immer noch unklare und, wie soll es anders sein, auf Spezialanwendungen getrimmte WL Bestimmungen hin. Dabei kann es so einfach sein.

Und auch die EU trägt keine Schuld an diversen Kuriositäten. Es ist wie immer die **beabsichtigte** unterschiedliche Mischung aus Gesetz und Verordnung von gängigem Recht innerhalb des Unternehmens wie auch die zu knappe Personalführung.

Wir haben Kollektivvertragsbedienstete, Landesbedienstete, Vertragsbedienstete und Landesbeamte. Gemäß unserem Rechtssystem gibt es eine Rechtsordnung. In dieser Rechtsordnung gibt es die Abstufung der Ränge, So ist z.B. ein Gesetz immer höherrangiger als eine Verordnung oder (Ver)fügung. Wenn man das Urlaubsgesetz hernimmt ist man schon mal perfekt ausgestattet. Uneingeschränkt gültig für unsere Kollektivvertragsbediensteten, §1 Geltungsbereich,

§2-10, sowie ganz interessant §12 in Bezug auf „Urlaubslisten“.



Wie schon oftmals publiziert sind die internen Ranglisten betreffend Urlaubsgruppen zwar sinnvoll, weil in einem so großen Betrieb sicherlich auch ein koordiniertes Vorgehen Sinn macht, **aber ungültig**. Einzig das dafür geschriebene Urlaubsgesetz ist maßgeblich.



Die Vertragsbediensteten haben eine eigene Verordnung dazu, die VBO.

Wichtig! Diese ist nicht wesentlich abweichend, wenn auch etwas militanter ausgelegt, ABER nur durch Ermächtigung des §1 UrlG möglich und daher gültig. Bei den Beamten verhält es sich eigentlich 1:1 mit den Vertragsbediensteten.



Ich darf daher kurz die Gesetzeslage umschreiben.  
Urlaub ist eine Vereinbarungssache.  
Nur durch Einvernehmlichkeit kann Urlaub entstehen.  
Wenn diese Einvernehmlichkeit in einem Betrieb mit installiertem Betriebsrat nicht geschaffen werden kann, DANN hat der Mitarbeiter eine exklusive Möglichkeit Urlaub auch einseitig anzutreten.  
Der Urlaub ist selbstverständlich innerhalb des Anspruchszeitraumes ZU GEWÄHREN und stellt keine Sozialleistung dar, es ist so wie der Anspruch auf Entgelt

ein RECHT.  
Wenn es zu Problemen in der Anspruchsnutzung kommt, dann ist das auf ein Personalmanagement zurück zu führen, welches offensichtlich wieder die Kollegen selbst ausbaden sollen.  
Ich darf Euch einladen die individuellen Fragen an unsere Bedienstetenvertreter zu richten, wir werden bemüht sein in der Übergangsphase bis zu einem verantwortungsbewussten Personalstand, die Wünsche zu erörtern und versuchen einer Lösung zuzuführen.

Richard Brandl - Sektor West PV/BRe

---

### W i n k e r

---

## Alle Jahre wieder!

Nach meinen nun 19 Jahren bei den Wiener Linien wiederholen sich jedes Jahr dieselben Probleme und Ärgernisse.

Nach einer 3 wöchigen Kur kam ich voller Elan in die Arbeit und war im selben Moment auch schon wieder desillusioniert. Jetzt wo uns der Winter bevorsteht gibt es wieder Heizungen in den Zügen die außer Funktion sind. Bei Zügen die in den offenen Hallen stehen sind zum Teil alle Türen offen und ohne eingeschaltete bzw. nicht funktionierende Heizung.

Am Fahrerplatz(E2) zieht es wie in einem Vogelhaus, bei den Lüftungsklappen beim Holz ist oft ein Spalt bis zu einem Zentimeter zu sehen, da ist es kein Wunder wenn man sich hier eine Verkühlung und eine darauf folgende Grippe einfängt.

Ist man schon durch kranke, hustende und spuckende Fahrgäste potentiell gefährdet, so muss dieses Risiko nicht auch noch zusätzlich sein und kann vermieden werden, wenn man diese Stelle sorgfältig abklebt!

Mülltrennung ist ja gut und schön, aber wenn dann die so genannte Reinigungskraft alles in einen blauen Sack zusammen schmeißt komme ich mir ziemlich verarscht vor, bitte nicht böse sein!

Schön langsam frage ich mich ob wir ein Betrieb der Stadt Wien oder ein Sauhaufen sind? Beim Ausfahren von der Halle Vier oder beim Einziehen am Vormittag, wenn wir wieder zum Expedit müssen um weiter zu

fahren, werden die Züge seitens des Verschubes hin und her geschoben. Schon klar dass das auch sein muss, aber es wäre ein wenig hilfreicher dies zu erledigen nachdem der Fahrer Eingezogen bzw. Ausgefahren ist. Schön langsam kommt es mir vor als wäre ich unter lauter Egoisten.



Nun zu den Fahrplänen!

Linien wie 6,67,71 sind eine Frechheit. „KEINE“ Stehzeiten mehr in den Endstellen, An- und Abfahrzeiten sind dieselben. Ich habe ehrlich gesagt keine Ahnung was die Kollegen im Plan Büro aufführen, aber so geht's nicht. Die Linie 6 bekommt jetzt neue Pläne wo Arbeitsbeginn in Simmering ist und um Mitternacht in Favoriten eingezogen wird.

Wo bitteschön soll das hinführen, sind wir Fahrer der letzte Dreck? Kein Wunder das viele Kollegen mit den unterschiedlichsten Krankheiten und sehr viele mit Burn Out zu kämpfen haben. Für mich ist das eine Schweinerei, wo bleibt da die Fürsorgepflicht des Unternehmens?

Ich hoffe, dass uns das erspart bleibt und wir solche Pläne noch abwenden können. Das Arbeitsklima sollte passen und nicht zur modernen Sklaverei werden, wir haben es ohnehin schon schwer genug.

Euer Kollege  
Raimund „Mundi“ Napravnik  
Sektor Süd

## Umgesetzte GLB-Themen im Sektor U-Bahn:

### Expedite/Stationsüberwachungen:

- \* Sämtliche Dienststellen im Sektor U-Bahn wurden kontinuierlich mit einem PC-Mediagerät zur betrieblichen Hilfestellung für alle KollegInnen nachgerüstet. Somit konnte das GLB-Team einer seiner Hauptforderungen von 2010 erfolgreich umsetzen!

### Funktion Stationswart:

- \* Die von der Referatsleitung in Aussicht gestellten Beanstandungen für vorgefundene Kastenbetten in geöffneten Zustand, wurde nach dementsprechender Intervention des GLB-Teams nicht mehr nachgekommen!
- \* Außerdem wurde nach intensiven Gesprächen mit der Vorstandsdirektorin Gabriele Domschitz, die Basis für diverse Diensterleichterungen durch Änderung des Arbeitsablaufes zum Thema Durchfahrtsnächte geschaffen!
- \* In Zusammenarbeit mit der zuständigen Reinigungsaufsicht wurde vereinbart, dass die in den Stationsüberwachungen vorgesehene Grundreinigung (2x jährlich) nur noch in den Nachtdiensten ohne Durchfahrtsbetrieb abzuhalten ist!
- \* Ebenso ist es dem GLB-Team durch die besondere Hilfestellung der Abteilung v4t (Referat Turnus und Personalverrechnung) gelungen, einen Leitfaden zur Gehaltsverrechnung für MDPWS als auch für KV-Bedienstete zur Verfügung zu stellen!

### Funktion Bettlerstreife:

- \* Die finanzielle Abgeltung der vorgeschriebenen Kurzpause für KV-Bedienstete umfasst seit 01.12.2012 auch solche Dienste, welche als Bettlerstreife geführt werden!
- \* Zusätzlich konnte das GLB-Team nach dementsprechender Intervention, eine rückwirkende Nachzahlung der letzten drei Jahre, für alle betroffenen KollegInnen, durchsetzen!

### Funktion Unterstützungsstreife:

- \* Infolge von konstruktiven Gesprächen mit der Referatsleitung wurde erreicht, dass aus Sicherheitsgründen jede Unterstützungsstreife mit mindestens zwei KollegInnen besetzt werden muss!

### Funktion Lehrstationswarte:

- \* Aufgrund der finanziellen Zuwendung des GLB-Teams, wurde den KollegInnen im Lehrstationswartbereich als

auch deren Begleitung, jedes Jahr ein kostengünstiges und kulinarisches Weihnachtsgeschenk beschert!



### Informationshilfestellung ohne Grenzen:

- \* Neben unserer Betriebszeitung „Der Winker“ welcher 4 bis 5x jährlich im Umlauf gebracht wird, wurde eine weitere Plattform mittels Mailverteilers über betriebliche und gewerkschaftliche Themen für alle interessierten MitarbeiterInnen eingerichtet!
- \* Ein weiterer Meilenstein unserer gewerkschaftlichen Arbeit ist die zusätzliche Betreuung von jenen KollegInnen, die ihre Kündigung bzw. Auflösung ihres Dienstverhältnisses durch die Wiener Linien mit zulässigen Rechtsmitteln anfechten können!

### Mitspracherecht durch Unterschriftenpetitionen:

- \* Durch die Umsetzung von Unterschriftenpetitionen wurde unseren MitarbeiterInnen ein wichtiges Instrument zur Mitsprache über dienststellenbezogene bzw. gewerkschaftliche Themen (siehe verhinderte Lohn-Nullrunde für 2013) gegeben!

### Abschaffung von Missbrauch:

- \* Infolge von vorenthaltenen Ablosevorgaben, einer unregelmäßigen Dienstvergabe und den daraus resultierenden Missbrauch wurde die Weihnachtsregelung-ALT abgesetzt und dafür ein faires Konzept für alle KollegInnen geltend gemacht!
- \* Aufgrund von Arbeits- bzw. Ruhezeitverletzungen der Wiener Linien wurde die Gesundheit der betroffenen MitarbeiterInnen extrem gefährdet. Durch die notwendig gewordene Anzeige wurde die Einhaltung aller Richtlinien sichergestellt!

**Liebe Kolleginnen und Kollegen**, sämtliche Themen sind trotz Behinderungen und diverser Schmutzkübelkampagnen der FSG, für Euch umgesetzt worden!

Sich im Vergleich mit aller Leidenschaft für die Bedürfnisse unserer KollegInnen einzusetzen, anstatt soziale Gerechtigkeit mit einer Wunderkerze im aller Wertesten vorzuheucheln, macht den wahren Unterschied aus!



Adriano Jansa-PV/BRE

# Die PRÄMIENPENSION

Ihre Zusatzpension mit  
staatlicher Förderung.



Sorgen Sie jetzt aktiv für Ihren Lebensstandard in der Pension vor. Mit der **PRÄMIENPENSION** der **VORSORGE** bekommen Sie zu Ihrer privaten Vorsorge noch zusätzlich eine staatliche Prämie dazu. Fragen Sie Ihren **VORSORGE**-Betreuer.

ZVR: 582972375



[www.vorsorge-gdg.at](http://www.vorsorge-gdg.at)

## Die AK Wahlen stehen vor der Tür

Vom 11. bis 24. März 2014 habt ihr wieder die Gelegenheit eure Vertreter in der AK (Arbeiterkammer) zu wählen. Wie ihr wisst ist jeder Arbeitnehmer automatisch AK umlagepflichtig (Pflichtmitgliedschaft), nützt daher die Gelegenheit und gebt eurer Stimme eine Chance Änderungen in der Arbeiterkammer herbeizuführen. Über den Wahlablauf werden wir euch im nächsten Winker ausführlich informieren!

**Für den GLB in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten/KMSfB kandidieren als Spitzenkandidatinnen Koll. Eva Harrer und Koll. Jana Luksch (vorm. Weber), die nach gewonnenen Prozess gegen die Wiener Linien ihre Rückkehr zu den Wiener Linien untermauert!**

Weitere Kandidaten sind:



Kollege Richard Brandl  
Kollege Roman Böhm-Raffay  
Kollege Michael Schneeweiss  
Kollege Adriano Jansa  
Kollegin Manuela Brandl  
Kollege Friedrich Hidegethy  
Kollege Raimund Napravnik  
Kollege Mihailo Petrovic  
Kollegin Rudolfine Löwenstein  
Kollege König Rene

Der GLB wird, wie auch in der Vergangenheit eure Interessen gewissenhaft in der Arbeiterkammer vertreten und ein Sprachrohr für euch sein! Ein wichtiges Anliegen ist, dem Fahrdienst endlich eine Berufsanerkennung zu geben. (Berufsbild). Ohne Berufsanerkennung, gibt es keine Berufskrankheit! Dieses Anliegen und viele andere werden wir weiterhin vehement in den Vollversammlungen einfordern!

Solltet ihr Anliegen haben, die in der AK Vollversammlung zur Sprache kommen sollten, dann gibt uns diese bitte bekannt.

Adresse:

GLB-Gemeindebedienstete  
Elterleinplatz 6/3  
1170 Wien

oder:

glb-gemeinde@inode.at



Euer GLB-Team

---

W i n k e r

---



Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen  
ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest sowie  
viel Gesundheit und Gelassenheit für das  
kommende neue Jahr !!!



## Persönliche Gedanken

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Obleich Anfang Mai 2014 die Personalvertretungs-, Gewerkschafts- und Betriebsratswahlen stattfinden, wird das nächste Jahr nicht anstrengender für uns sein als die Jahre davor. Seit der letzten Wahl im Mai 2010 haben wir immer mit Vollgas für eure Rechte und Interessen gekämpft, auch wenn es nicht immer leicht war, so war es doch euer Arbeitsauftrag an uns für die nächsten 4 Jahre.

Ihr habt uns mit eurer Stimme die Möglichkeit gegeben eure Interessen zu vertreten und wir haben dies gerne wahrgenommen. Dabei wurden uns keine Steine in den Weg gelegt, - es waren oft Berge die es zu bewältigen gab, dies hat uns aber nicht entmutigt, ganz im Gegenteil, es hat uns angespornt noch einen Zahn mehr zuzulegen, noch mehr zu tun und noch mehr Engagement zu zeigen. Dies aber zu 99% in der Freizeit!

Der GLB ist eine kleine Fraktion mit vielen engagierten und ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeitern. Wir haben nicht den finanziellen Background und die Ressourcen einer FSG oder anderer Fraktionen, dennoch versuchen wir immer das Bestmögliche, obwohl wir immer mehr fraktionelle und finanzielle Einbusen verkraften mussten.

Die FSG erreichte bei der letzten Wahl in ganz Wien 226 Mandate, diese Zahl weckt den Anschein, dass unsere Bediensteten an sich mit allen sehr zufrieden sind, denn fast 42.000 Kolleginnen und Kollegen können sich doch nicht irren und drückten mit ihrer Stimme aus das sie mit ihrer Gewerkschaftsvertretung sehr zufrieden sind. Oder? 42.000 Stimmen sind eine ganze Menge, das muss ich neidlos zur Kenntnis nehmen, und das, obwohl die Un-

zufriedenheit über die Arbeitsbedingungen bei den Kolleginnen und Kollegen immer mehr zunimmt. Dabei ist es schon ganz egal in welchen Bereich der Gemeinde Wien man blickt. Ich kann mit dieser Zahl eigentlich nicht viel anfan-

gen, weil ich die Symptomatik dahinter nicht verstehe.

Egal wohin man blickt – jeder jammert, jeder ärgert sich oder schimpft, da kann ja etwas nicht stimmen?

Wenn ich jetzt von den Wiener Linien ausgehe, dort gibt es viele freigestellte Gewerkschafter, die sich in ihrer Arbeitszeit ausnahmslos um die Belange der Wähler kümmern.

Ist das nicht super, - denn da ist jemand der **immer** für einen da ist wenn es Probleme gibt, einem berät, zuhört, hilft und sich um alles kümmert, Weihnachtsfeiern und Ausflüge organisiert, Äpfel bringt und Butterbrote schmiert. Also alles bestens - und deshalb wahrscheinlich die vielen Stimmen bei den letzten Gewerkschaftswahlen für die FSG bei den Wiener Linien!?

Aber wenn wirklich alles so super ist, weil 42.000 Kolleginnen und Kollegen Wien weit, davon 4.770 bei den Wr. Linien, können sich doch nicht irren – warum um alles in der Welt sind dann so viele so unzufrieden?

Doris Grössinger  
Bundessekretärin GLB/GdG-KMSfB



---

## Winker

---



Ein schönes und vor allem stressfreies Weihnachtsfest sowie viel Gesundheit und eine unfallfreie Fahrt für das neue Jahr wünscht euch herzlich

Euer Kollege Michael Schneeweiss – Sektor Süd



## Was hat,s, das hat,s - Toleranzgrenzen

Eigentlich hatten wir das Thema schon seit Jahren als abgehakt geglaubt, trotzdem ist es immer wieder ein Dauerbrenner in Anfragen. Meine Bemühungen dies netzweit zu kommunizieren scheinen manchen Kanälen nicht zu passen, wodurch ich nun unsere Mitarbeiterzeitung zur Aufklärung instrumentalisieren möchte.

Die Stossrichtung ist klar. Es soll eine allgemeingültige und nachvollziehbare Abwicklung von Beanstandungen in diesem Zusammenhang stattfinden.

Wir alle wissen, dass gerade im Verkehr gewisse Toleranzen Einzug finden und so ist dies auch bei den Wiener Linien. Eine Direktionsverfügung aus dem Jahre 1975 (DV24/75) schafft hier **EINDEUTIGE KLARHEIT** ~



Geschwindigkeitsüberschreitungen sind unter Festhaltung der Linie, des Ortes, der erlaubten und der gefahrenen Geschwindigkeit einzutragen, wobei

bei 6 km/h	3 km/h
bei 12 bis 18 km/h	7 km/h und
ab 25 km/h	10 km/h

toleriert werden



Weigebeschaltete Haltepunktöffnerplatz

Es ist mir daher schleierhaft, WARUM nach wie vor Beanstandungen in Führungsblätter eingetragen werden die mittels obiger Verfügung gar nicht zu beanstanden wären. Auch gilt das Argument mancher dem voreiligen Gehorsam verfallenen Hobbyjuristen nicht, dass bei einem Unfall der „Richter“ darauf keine Rücksicht nimmt. Da werden gerne Äpfel mit Birnen verglichen.

Zum Ersten sind die Wiener Linien und schon gar nicht die Erfüllungsgehilfen des Unternehmens „Richter“ bzw. eine Strafbehörde im Rechtssinne.

Zum Zweiten sind eventuelle Unfälle im behördlichen Verfahren zu „verhandeln“. In der Praxis sind diese internen Beanstandungen ohnehin im seltensten Fall überhaupt mit einem Unfall verbunden, sondern entstehen aus Situationen heraus die von ZK oder anderen KO beobachtet werden. Eine „interne“ Beanstandung ist daher, ob mit oder ohne Unfall, nach dem eigenen „Regelwerk“ zu tätigen.

Thematisch ähnlich verhält es sich mit dem „Damoklesschwert“, „Missachtung des seitlichen Sicherheitsabstandes“. Ich frage immer wieder: WO gibt es diesen? Natürlich erwarte ich mir schon längst keine zielführenden Antworten mehr aus dem Bereich der Referate, und habe daher auch netzweit den Versuch gestartet, den entsprechenden Abteilungen die EisbAV Abschnitt II §6/3 zur Kenntnis zu bringen.

Diese ebenfalls in diversen Beanstandungen gerne verwendete Begründung für einen „Fleck“ gibt es gar nicht

im öffentlichen Verkehr.

Ein „Sicherheitsabstand“ ist z.B. am Bahngrund maßgeblich und der wäre 0,5 m bis zu einer Höhe von 2m. Interessanterweise wird aber der einzig gültige Sicherheitsabstand dann seitens der Bahnhöfe dann doch nicht so genau genommen, denn da müssten so ziemlich alle Hallen umgebaut werden und ein Zug dürfte dann auch nicht zwischen Hallentoren abgestellt werden.

Würde man nun unsere gesetzlich konformen „Führungsblätter“ alleine nur nach den jetzt geschilderten Fakten korrigieren, versteht man plötzlich warum die Verwaltung so mächtig besetzt ist.

Fraglich ist allerdings wieso seit 1957, (das EisbG ist aus dieser Zeit gültig) trotz gut bestückter Rechtsabteilungen, noch immer verdiente Mitarbeiter die tagtäglich einen knochenharten Job meistern und am wesentlichsten zum Erfolg des Unternehmens beitragen, mit Beanstandungen, die auf keiner rechtlichen Grundlage basieren bestraft werden und die alleinige Betriebsverantwortung im Falle des Falles auf sie abgewälzt wird.

Nachsatz: Obige Feststellung gilt für den Schienenbereich!



Richard Brandl  
PGA Fahrdienst



# Die VORSORGE KOMBI

Der ideale Basisschutz für Sie  
und Ihre Familie!



Mit der **VORSORGE KOMBI** sind Sie für Notsituationen gut abgesichert. Mit günstigen Konditionen ist die **VORSORGE KOMBI** für jeden leistbar. Unsere kompetenten Betreuer informieren Sie über alles. Auch vor Ort an Ihrem Arbeitsplatz.

ZVR: 582972375



## **KÄMPFEN LOHNT SICH!**

### ***Rückenwind für Kündigungsanfechtungen.***

### ***Der Oberste Gerichtshof macht es der Gemeinde schwer...***

Wer längere Zeit krank wird, ist ohnehin nicht zu beneiden. Wenn dann aber auch noch die Kündigung des Dienstverhältnisses durch den Arbeitgeber ausgesprochen wird, kann ganz schnell die gesamte Existenz bedroht sein. Jahrelanger Arbeitseinsatz, oft mit Raubbau an der eigenen Gesundheit, zählt dann nicht mehr.

Egal ob der Dienstnehmer in einem Vertragsbedienstetenverhältnis oder einem durch Kollektivvertrag geregelten Dienstverhältnis mit dem Arbeitgeber steht, der Umstand langer Krankenstände wird oft als Kündigungsgrund genannt.

Tatsächlich kann das Dienstverhältnis eines Vertragsbediensteten, das bereits länger als drei Jahre andauert, nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes durch den Arbeitgeber gekündigt werden. Einer dieser Gründe ist der Verlust der gesundheitlichen Eignung zur Erfüllung der Dienstpflichten. Wenngleich Kündigungsgründe von der Gemeinde bei der Beendigung des Dienstverhältnisses mit kollektivvertraglichen Dienstnehmern nicht benötigt werden, darf eine Kündigung nicht sozial ungerechtfertigt sein.

Als sozial ungerechtfertigt gilt eine Beeinträchtigung der wesentlichen Interessen des Dienstnehmers in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.

Dem Dienstgeber steht es dabei allerdings frei, den Nachweis zu erbringen, dass die Kündigung durch ein Verhalten des Arbeitnehmers „verursacht“ wurde und dieses Verhalten die betrieblichen Interessen nachteilig berühren. Erfahrungsgemäß wird auch hier von der Gemeinde oft auf lang andauernde Krankenstände in der Vergangenheit verwiesen.

Nunmehr hat der Oberste Gerichtshof klargestellt, dass laufend überhöhte Krankenstände zwar eine Kündigung sowohl von Vertragsbediensteten als auch von dem Kollektivvertrag unterstehenden Dienstnehmern rechtfertigen können. Die Gemeinde hat jedoch zuvor eine

Zukunftsprognose über die weitere – also in der Zukunft gelegene – Arbeitsfähigkeit des betroffenen Arbeitnehmers anzustellen. Entgegen oft von der Stadt Wien in Kündigungsverfahren vertretener

Ansicht ist bei der Zukunftsprognose zwingend auch auf die Art der Erkrankung samt deren Ursache und der zumutbaren Krankenbehandlung abzustellen. In der Vergangenheit aufgetretene Krankenstände, die für die zukünftige Einsatzfähigkeit des Arbeitnehmers nicht unbedingt aussagekräftig sind, dürfen gerade nicht herangezogen werden.

Es ist daher aus rechtlicher Sicht erheblich, in welchem Zeitraum ein überhöhter Krankenstand vorlag (die Gerichte nehmen hier auf einen Zeitraum von fünf Jahren Bedacht), insbesondere aber warum der Krankenstand eingegangen werden musste.

Sind Krankheiten aus früheren Tagen ausgeheilt, sodass daraus keine weiteren Abwesenheiten zu erwarten sind, können diese auch nicht mehr wirksam für eine Kündigung herangezogen werden.

Die Anfechtung von Kündigungen aufgrund hoher Krankenstände hat daher, wie auch eine Anfechtung wegen Mobbings, oft hohe Erfolgschancen. Aufgrund der mit einer Kündigungsanfechtung verbundenen hohen Kosten ist jedoch dringend der Abschluss einer Rechtsschutzversicherung, die den Baustein „Arbeitsgericht/Dienstrecht“ umfasst, anzuraten.



**RA Dr. Oliver Scherbaum**

Ferstelgasse 1, 1090 Wien

Tel: + 43 1 405 14 45

Fax: + 43 1 405 14 45 20

e-mail to: [office@w-b-s.at](mailto:office@w-b-s.at)



## Arbeitszeit – 37,5 Stunden Arbeitswoche – aber nur auf dem Papier!

Bedienstete der Wiener Linien stellen immer wieder die gleichen Fragen, ich habe eine 37,5 Stunden Arbeitswoche im Kollektivvertrag vereinbart, muss aber Woche für Woche 42, 43 oder mehr Stunden leisten, warum?

**Die vereinfachte Antwort ist, dass die Fraktion FSG – Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter, die seit Jahrzehnten ohne Einbeziehung der anderen Fraktionen dieses Treiben sanktioniert und nun mit Betriebsvereinbarungen, Stichwort Durchrechnungszeitraum, dem Unternehmen alle nur erdenklichen Möglichkeiten bietet bestehende Arbeitszeitbestimmungen zu umgehen.**

Jeder der des Rechnens kundig ist kann die im Kollektivvertrag vereinbarte Arbeitszeit ausrechnen, die tägliche Arbeitszeit sollte im Schnitt bei Kollektivvertragsbediensteten 7,5 Stunden liegen, plus einer halben Stunde Pause.

Die tatsächliche Arbeitszeit bei den Wiener Linien ist jedoch auf durchschnittlich 42 und mehr Stunden aufgebaut mit Sanctus der so genannten sozialen und demokratischen Arbeitervertretung FSG.

Seit der Ausgliederung und der neuen DBV (Dienst- und Betriebsvereinbarung) sehen wir die erschreckenden Auswirkungen solch einer arbeitnehmerfeindlichen und verachtungsvollen Politik, - die Bediensteten im Fahrdienst sind ausgebrannt. Die Krankenstände und Kündigungen häufen sich und außerdem hat, nicht zu vergessen, eine Flucht aus dem Fahrdienst eingesetzt.

Spricht man die Kollegen der Fraktion FSG auf diese unhaltbaren Zustände an, bekommt man immer die lapidare Antwort „der Plandurchschnitt hat sich nicht verändert“.

Fakt ist das soziale Errungenschaften, wie zumindest eine 40 Stundenwoche die alle anderen Österreicher seit Jahrzehnten haben, bei den Bediensteten im Fahrdienst spurlos vorbeigegangen ist, - und das mit freundlicher Unterstützung der Mehrheitsfraktion FSG.

Selbstverständlich kann speziell im Fahrdienst nicht immer eine tägliche Arbeitszeit von 7,5 Stunden erreicht werden, da es nicht gewollt ist Fahrbedienstete auf der Strecke abzulösen, jedoch sollte sich die tägliche Arbeitszeit in einen Rahmen von 7 bis 8 Stunden bewegen um annähernd auf 37,5 Stunden zu kommen, leider ist jedoch derzeit die Plangestaltung ganz bewusst auf über 40 Stunden ausgelegt.



Rechnet man nun die Wegzeit zum Arbeitsplatz und nach Hause hinzu, kommen unsere Bedienstete schon mal auf einen 11 Stunden Arbeitstag. Aber auch hier ist weder vom Unternehmen noch von der FSG endlich eine Umsetzung der Forderung, dass Fahrer in der Nähe ihres Wohnortes ihren Dienst verrichten können in Sicht.

Mit aller Klarheit möchte ich hier nun nochmals feststellen, kein österreichischer Arbeitgeber kann ohne Zustimmung und Unterstützung der Arbeitnehmervertretung dauerhaft und in diesem Ausmaß

die gesetzlichen und kollektivvertraglichen maximalem Wochenarbeitszeiten überschreiten!

Besonders unerträglich ist die derzeitige Situation für ältere Arbeitnehmer, die dieser Belastung kaum mehr standhalten können, insbesondere, da die Wiener Linien eines der wenigen Verkehrsunternehmen europaweit sind, die keinerlei Maßnahmen für altersgerechten Arbeitsmaßnahmen vorweisen können.

Selbst der Ansatz, dass über 50 jährige Fahrer bevorzugt bei der Vbb aufgenommen werden bzw. Dienstleuten können ist mehr oder weniger versandet, ein echtes Armutszeugnis für die Wiener Linien.



Meint euer Kollege  
Roman Böhm-Raffay  
Mitglied BR-Fahrdienst/ZBR



## **Sinn oder Unsinn - Neues von V41k**

Ein altes Sprichwort sagt, alles neu macht der Mai. Nicht so auf unserer Dienststelle, da heißt es, alles neu macht Hr. Ing. Klausner.

Während meiner Abwesenheit, weil Krankenstand, hat sich unser Herr Ingenieur, laut hören sagen, eine neue Statistik einfallen lassen.

Was bedeutet, die Kollegen müssen bei Intensivkontrollen in ohnehin extrem stark frequentierten U-Bahnstationen, nun auch auf einer zusätzlichen Liste festhalten, ob und wie sich der Fahrgast, bei Ausstellung einer Mehrgebühr ausweist. Es ist mir unverständlich wozu dies nötig ist.

Wenn eine Mehrgebühr ausgestellt werden muss, werden die Daten des Fahrgastes aufgenommen. Die Kollegen müssen ohnehin alle Daten, wie Name, Adresse und einige andere persönliche Daten ins MDE Gerät eingeben. Dies erfordert oft, auch bedingt durch sprachliche Barrieren, schon einige Zeit bis man alle erforderlichen Angaben vom Fahrgast erhält. Im MDE –Gerät wird auch angegeben mit welchem Ausweis, z.B. Führerschein, Personalausweis, Reisepass, e-Card, Firmenlegitimation oder sonstigem Dokument sich der Fahrgast ausweist und dies wird vermerkt.

Umso unverständlicher ist es vielen KollegInnen, warum dies nochmals extra auf einer Liste vermerkt werden muss. Waren doch die so genannten Intensivzettel, die wir den Vorgesetzten nach Abschluss einer solchen Intensivkontrolle aushändigen mussten schon etwas lachhaft. Denn wie viele Fahrgäste bei einer solchen Aktion kontrolliert wurden ist ohnehin eine Farce. Jeder Kollege/in hat Daumen mal Pi geschätzt wie viele Personen während einer solchen Aktion kontrolliert wurden.

Oder glauben manche Führungskräfte, dass bei solchen Aktionen auch noch eine Stricherliste für jeden kontrollierten Fahrgast von den KollegInnen erstellt wurde?

Die erreichte Anzahl an ausgestellten Mehrgebühren ist da schon aussagekräftiger. Die wiederum ist aber ohnehin im MDE Gerät gespeichert und für eine Statistik Erstel-

lung der befugten Führungskräfte klar ersichtlich.

Oder meint man in der Führungsetage doppelt gemoppelt ist perfekt?

Nicht genug mit dieser unsinnigen Listen-Aktion hat man auch noch die Kollegenschaft angewiesen, auf der Dienststelle jene Daten die im MDE Gerät gespeichert wurden mit den Listen jedes einzelnen Kollegen/in zu überprüfen, ob der richtige Ausweis im Gerät vermerkt wurde. Das heißt so viel wie, hat ein Kollege/in z.B. 10 Mehrgebühren ausgestellt, müssen die KollegInnen beim Daten auslesen jede einzelne Eingabe kontrollieren

ob die Stricherliste NEU mit den Angaben im Gerät übereinstimmt. Wenn dies nicht der Fall ist, teile man den Mitarbeitern/innen mit, müsse man eine Meldung über die falsche Eingabe ins Gerät, schreiben.



Wobei ich noch festhalten möchte, dass bei solchen Intensivkontrollen oft 50 Mitarbeiter eingesetzt werden und diese nach Beendigung solcher Aktionen auf die Dienststelle fahren müssen, um dort das Gerät zur Daten Übermittlung auslesen zu lassen. Man beachte den zeitlichen Mehraufwand und den längeren Aufenthalt der Mitarbeiter auf der Dienststelle. Bis jetzt mussten die Kolleginnen und Kollegen nach 20 Minuten Aufenthalt die Dienststelle wieder verlassen.

Das finde ich nicht mehr doppelt gemoppelt sondern KRANK!

Bei zukünftigen Sparaktionen oder so genannter Rentabilität von gewissen Aktionen, sollten diese dringend genauer, bezüglich ihrer Sinnhaftigkeit, geprüft werden.

Dieser Meinung sind viele Kollegen/innen und Eure

Eva Harrer V41k  
BR GLB/GdG-KMSfB



## Warum nie wieder SPÖ – F S G

Zuerst versucht diese „soziale Partnerschaft“ uns mit neuen Gesetzesänderungen und Falschinformationen hinters Licht zu führen nur um uns dann ungeniert abzuzocken zu können. Das es sich dabei nicht um die Interessen der Arbeitnehmer handelt steht außer Frage, denn die scheinen vergessen zu haben das wir in keiner Diktatur mehr leben.

Viele Mitarbeiter sind unzufrieden und beschränken sich aufs Nörgeln und Raunzen, dabei habt IHR es doch in der Hand, IHR habt die Macht und nur IHR könnt eine positive Veränderung herbeiführen. Das muss doch einen jeden von euch klar sein.

Der GLB forderte bei den letzten Gehaltsverhandlungen den Vorsitzenden der GdG auf für die letzte Lohnverhandlung wieder aufzunehmen, was anfänglich abgelehnt wurde nur um uns dann mit einem Bettel abzuspeisen. Da spürt man die Kraft die von einem echten Sozialpartner ausgeht, diktatorisch und nicht im Sinne des Mitarbeiters oder des Wählers.

Diese Ansicht vertritt halt wahrscheinlich nur der GLB. Offen und im Sinne einer guten Interessensvertretung für unsere KollegInnen soll eine Personalvertretung sein, was ja auch vom Wähler erwartet wird

Das erste Gebot bei der FSG scheint aber zu lauten niemals mit einer anderen Fraktion zusammen zu arbeiten, stattdessen wählt man immer öfters den Kuschelkurs mit den Dienstgeber und der Mutterpartei. Es wäre wichtig einmal nachzudenken was die Aufgaben einer Personalvertretung sind, dazu gehört auch einmal Druck auszuüben, aber auf der richtigen Stelle und nicht gegen den Mitarbeiter.

Mitarbeiter mit Versprechungen und Druck einzulullen wenn Wahlen vor der Tür stehen das haben wir ja schon alle einmal erlebt, und nach den Wahlen sieht und hört man nichts mehr. Und das im wahrsten Sinn des Wortes, denn wann sieht man denn den Betriebsobmann vom Sektor Mitte auf der Dienststelle? Und wie schwer ist es überhaupt ihn zu erreichen, das Zurückrufen zählt nämlich auch nicht zu den Stärken dieser Personalvertretung!

Dasselbe Spiel beim großen Bruder S P Ö! Das Volk wartet auf Verbesserungen, bekommen tut der Wähler Chaos und Stillstand. Dass es in dieser schwierigen Zeit nicht leicht ist versteht ja ein JEDER VON UNS, aber das abzocken der Wähler, Hand in Hand mit den grünen Chaoten stellt nicht wirklich eine Verbesserung dar –

und die SPÖ in Wien schweigt dazu, anscheinend ist es denen sehr recht, dass der Bürger nach Strich und Faden blechen darf.



Die Grünen ziehen mit aller Macht ihre Linie durch, egal was es kostet, wenn teilweise völlig dubiose Radwege angelegt werden, will man doch die eigene grüne Wählerschaft nicht vor den Kopf stoßen. Bezahlt wird alles von uns, egal ob man jetzt grün gewählt hat oder nicht. Sündhaft teure Radwege, obwohl meistens am Gehsteig und gegen die Einbahn gefahren wird, ganze Straßenzüge werden dafür extra umgebaut, Gehsteige schmaler gemacht, Parkplätze vernichtet und den ganze Schilderwald gibt's ja auch nicht gratis – vom Schildbürgerstreich der Mariahilferstrasse will ich jetzt gar nicht reden.

Jetzt stellt sich die Frage – WAS HAT DAS ALLES GEKOSTET????? WIEVIEL MUSSTEN DIE WIENERINNEN UND WIENER DAFÜR BLECHEN??? Radfahrer haben bei uns sowieso Narrenfreiheit, denn Verkehrsübertretungen sind an der Tagesordnung, denn rote Ampeln überfahren, am Gehsteig und gegen die Einbahn fahren ist normaler Alltag. Die Autofahrer hingegen zahlen jedes noch so kleine Vergehen und sehen sich zwischenzeitlich schon als Melkkühe der Nation.

Anstatt die tatsächliche Notwendigkeit von den neuen Parkzonen zu prüfen, galt die größte Sorge unseres Bürgermeisters nur, ob die Fragestellung für die Ausdehnung von

Kurzparkzonen für die befürchtete und bevorstehende Volksbefragung richtig ist.

Nach der Erstellung von Gegengutachten, die natürlich vom uns Steuerzahler bezahlt wurden verkündigte der Bürgermeister der so sozialen Partei das er auf keinen Fall das Gutachten zu Kenntnis nehmen wird. Wieder ein sehr diktatorisches Verhalten!

Das Währing sich gegen ein Parkpickerl im Bezirk bei einer Volksbefragung aussprach ist nur der Hartnäckigkeit der Währinger und des engagierten Bezirksrates zuzuschreiben, alle anderen Bezirke, bis auf die Außenbezirke, wurden einfach ignoriert und rot-grün fuhr über die Wünsche der Bürger einfach drüber. Dafür wurden sie mit interessanten Empfehlungen, der von der SPÖ und Grünen eingesetzten aber auch umstrittenen Parkpickerl-Kommission, beglückt.

### **Die SPÖ grenzt sich jetzt deutlich von den Grünen ab.**

Da waren bei den roten Sozialisten auf einmal die Hosen in wahrstem Sinne des Wortes voll.

Wutbürger, die vor allem der SPÖ Wählerstimmen kosten könnten und erst jetzt will man nachdenken.

Aha, zuerst das Volk für dumm verkaufen und dann aus Angst den großen Rückzug antreten, da sehen wir wer die Zügel in der Hand hat. **Die Wähler, und DAS SIND WIR UND WIR BESTIMMEN WER NACH DER WÄCHSTEN WAHL UNSERE INTERESSEN VERTRETEN WIRD, ODER EBEN NICHT!**

Was die meiste Wähler stört, ist eigentlich das was die SPÖ nicht verhindert.

Ich meine das, was sich auf der Mariahilferstrasse abspielt ist mehr ein Schildbürgerstreich, in den Hauptrollen rot und grün.

Da werden Gehsteige verändert, massenhaft Schilder aufgestellt und wieder entfernt, Geld für Planungen ausgegeben die schon am nächsten Tag wieder ungültig sind.

Irgendwie geht es ähnlich bei den Wiener Linien zu. Anstatt sinnvolle Pläne zu erstellen und offensichtliche Mängel in unserem Netz zu beheben, werden Dinge immer wieder verschoben und „irgendwie“ behoben.

Die Frage, die sich viele Kolleginnen und Kollegen stellen ist, sehen die Verantwortlichen nicht das was echt Sache ist oder werden sie falsch informiert, haben sie keine Ahnung von der Materie oder sind sie schlicht und ergreifend blind?

Mitarbeiter aus allen Fachabteilungen könnte euch von Fällen berichten an den Verbesserung dringend notwendig wären um den Fahrbetrieb besser und effizienter zu führen. Richtig haushalten müssen wir alle, der Mitarbei-

ter im kleinen und ein Unternehmen im großen Vergleich, es sollte aber richtig sein ohne die eigene Bedürfnisse im Auge zu haben.



Selbst bei Bahnhofs-, Garagenvorständen und Leiter von Fachabteilungen gibt es immer wieder nur Kopfschütteln über Erneuerungen Sparmaßnahmen und Weisungen, die eher einen rasenden Zerfall des Fuhrparks, Gleisbau, Oberleitungsbau bedeuten. Sparen ist wichtig und richtig, aber es wird an der

falschen Stelle gespart, denn wieso gibt es im Netz so viele offensichtliche Mängel, wenn Manager und Leute das Sagen haben die eigentlich jahrelanges und nötiges Fachwissen besitzen sollten?

Natürlich gilt für die die Unschuldsvermutung, aber es muss endlich eine gerechte und vor allem vernünftige Lösung her. Summen versickern oft sinnlos in neue Abteilungen oder in Megawerbung. Ausbaden müssen ja es wir alle, wenn der Sparstift angesetzt wird. Obwohl man aus den Medien immer wieder erfährt, dass die Zahl der Jahreskarten Besitzer ständig steigt, ist anscheinend kein Geld da.

Werbung für die Öffis ist eher nicht notwendig, denn das Fahrgastaufkommen ist gestiegen, eher sollten die Fahrgäste vermehrer aufgefordert werden weniger Papier und Dreck in den Zügen und in den Haltestellenbereichen liegen zu lassen. Kein Essen und Trinken in den Zügen zu konsumieren und nichts zu zerstören. Aber wer straft die Fahrgäste bei Verstößen?

Dem Unternehmen wird es an Rückgrad fehlen und der Dumme ist ja an Ende immer nur der Mitarbeiter, wenn sich beanstandete Fahrgäste beschweren.

Friedrich Hidegethy  
Sektor Mitte

---

## W i n k e r

---

### **Kurhaus Bad Schallerbach – Wiener Linien**

Anfang November berichtete ich bereits im Forum über das Kurhaus der Wiener Verkehrsbetriebe –Bad Schallerbach.

Anschließend der Beitrag aus dem GLB-Wiener Linien Forum für alle die nicht die Möglichkeit hatten diesen zu lesen: ([www.glb-gemeinde.at](http://www.glb-gemeinde.at) – Wiener Linien Forum anklicken)

#### **Kur in Bad Schallerbach?**

#### **Keine Erholung - keine Ruhe - keine Genesung! 07.11.2013 11:29**

Meinen dringend benötigten Kuraufenthalt in Bad Schallerbach habe ich mir wahrlich anders vorgestellt:



Um eines gleich vorweg zu nehmen, wenn man ein

Zimmer straßenseitig bewohnt, frisst man im wahrsten Sinne des Wortes „die Krot“, da zwischen den beiden Häusern der W.L. Kuranstalt eine stark befahrene Strasse verläuft. Das wäre an sich ja kein Problem, wenn die Zimmer ordentliche Fenster hätten. So aber hat man durch die völlig veralteten Kunststoff-Fenster Tag und Nacht das Gefühl das die Autos mitten durch das Zimmer fahren. Ob die Fenster geschlossen oder offen sind macht schon gar keinen Unterschied mehr aus.

Zwar besteht ein 30km/h Beschränkung, aber wer hält sich schon daran.

An Schlaf ist nicht zu denken und von einer Erholung ist man Lichtjahre entfernt.

Ich informierte in einem Brief die Heimleitung und die dafür Verantwortliche der W.L. von diesen unhaltbaren Zuständen und man gab sich „sehr erstaunt“ ob dieser Tatsache, denn es hatte „noch nie“ Beschwerden diesbezüglich gegeben.

Das stimmt so nicht, denn mir wurde nach vielen Telefonaten und Gesprächen versichert, dass die Lärmbelästigung durchaus bekannt ist und weitergegeben wurde. Nicht einmal - zig Male, und zwar in Form des Fragen-Formulares das man bei der Abreise bekommt.

In dieses kann man völlig anonym Lob oder Beschwerden anführen.

Es stellt sich jetzt die Frage, wo diese Beschwerden gelandet sind, wenn es nie welche gab?

Interessant ist allerdings die Tatsache, dass in den unteren Therapieräumen die straßenseitig liegen, schon Schallschutzfenster eingebaut wurden, lt. Info weil es das Personal nicht mehr ausgehalten hat unter diesem ständigen Straßenlärm konzentriert zu arbeiten.

Wie soll sich dann ein Bediensteter der den ganzen Tag Lärm und Stress ausgesetzt ist hier erholen? Wenn man Glück hat, bewohnt man die andere Seite des Hauses, die ruhig ist, in den besagten Zimmern jedoch ist an Schlaf nicht im Entferntesten zu denken!

Schade, denn sonst gibt es augenscheinlich nichts Negatives über das Haus zu berichten. Das Essen ist sehr gut und abwechslungsreich, das Personal ausgespro-

chen freundlich und zuvorkommend, die Gegend wunderbar und alles ist sehr sauber und ordentlich!

Das es hinter den Kulissen brodel, bekommen die Patienten im Großen und Ganzen nicht mit, aber auch da besteht, wie man weiß, leider dringender Handlungsbedarf!

Jetzt, Wochen später nach beendetem Kuraufenthalt und nach einem Gespräch mit Frau Hefele und vielen Kurgästen kann ich die Kritik nur wiederholen.

Die Tätigkeit eines Fahrers, Lenkers der Wiener Linien ist wahrlich stressig genug. Ich denke, dass sich das erholungs- und genesungsbedürftige Personal der WL eine ruhigen, gesundheitsfördernden Kuraufenthalt verdient hat. Ganz abgesehen von den rechtlichen Lärmschutzbestimmungen, auf die ich noch später zurückkomme.



Die Obfrau der Betriebskrankenkasse sagte mir in einem Gespräch: „Uns liegen keinerlei Beschwerden über eine Lärmbelästigung durch den Straßenverkehr vor .... ,dazu haben wir ein Formblatt aufgelegt, welches viele Kolleginnen und Kollegen nach Beendigung der Kur anonym abgeben...“

Nun, ich habe von vielen Kurgästen die Zusicherung erhalten, dass sie sehr wohl den übermäßigen Straßenlärm in dieser hauseigenen Umfrage angeführt haben.

Daher bleibt also nur der logische Schluss, die anonymen Kritiken wurden bewusst vernichtet, oder man hat mich belogen.

Ja selbst eine Bedienstete des Kurheimes sagte mir: „Bei dem Lärm mit diesen schlechten Fenstern möchte ich keine Kur machen.“ Für die einfachen Bediensteten der WL scheint diese Beeinträchtigung gut genug zu sein. Ich sah nämlich höhere Bedienstete unseres Unternehmens die in der Nähe wesentlich besser und vor allem ruhiger wohnten.

Nun kurz zur rechtlichen Situation:

Die ÖNORM S 5021 und die ÖAL – Richtlinie Nr. 32 sagt aus:

Im Kurgebiet, Krankenhäuser und Pflegeanstalten ist der Immissionsrichtwert

**tagsüber – von 6:00 bis 22:00 Uhr max. 45dB(A)**

**nachts – von 22:00 bis 6:00 Uhr max. 35 dB(A)**

und weiter: Bei Geräuschübertragungen innerhalb von Gebäuden betragen die Immissionsrichtwerte für den Beurteilungspegel unabhängig von der Gebietseinstufung

tags 35 dB(A) nachts 25dB(A)

davon ist man aber leider sehr weit entfernt. Private Schallpegelmessungen haben bei Tag Durchschnittswerte **von bis zu 68**

**dB(A)** Früh morgens und abends und tlw. nachts **bis zu 86dB(A)**

Abschließend möchte ich mich nochmals im Namen vieler Kurgäste beim gesamten Personal ganz herzlich für die außerordentlich gute Betreuung, das ausgezeich-

nete Essen und die große Sauberkeit in allen Räumen bedanken.

Der BKK hingegen stelle ich die Frage: Sind ihnen die betriebseigenen Patienten nicht mehr wert, oder stimmt das Gerücht, dass das Haus aufgelassen werden soll und aus diesem Grund nichts mehr investiert wird?“



Ist ein Kuraufenthalt nur zwecks Statistik wichtig und der Gesundungsprozess zweitrangig? Für das Haus spricht auch die längere Ausgehzeit, die ich im Übrigen sehr gut finde. Kulturelle Veranstaltungen dauern

halt meist länger als bis 22 Uhr...oder geht man schon vorausschauend davon aus, dass wegen des Lärmes ein Schlafen erst zu später Stunde möglich sein wird.

Gerhard Eder GLB/GdG-KMSfB

---

## W i n k e r

---

### Wichtige Themen bei B6 für das nächste Jahr

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, Grund genug um Resümee zu ziehen und das Arbeitsprogramm des GLB bei B6 für das nächste Jahr festzulegen.

Vieles liegt im Argen und noch vieles mehr muss in Angriff genommen werden.

Hauptaugenmerk liegt auf der Abschaffung der V6, für die es keine rechtliche Grundlage gibt. Handlungsbedarf und eine zufrieden stellende Lösung muss gefunden werden.

Auch muss endlich Schluss mit der Diskriminierung älterer Mitarbeiter sein. Es kann nicht sein, dass es für diese Mitarbeiter keine altersgerechten Arbeiten/Arbeitsplätze gibt und ältere Kollegen für körperlich schwere Arbeiten eingesetzt werden. Anscheinend ist das der FSG noch gar nicht aufgefallen, das hier dringend gehandelt werden muss.

Ebenso muss das System der Mitarbeiterbeurteilung ein anderes, nämlich gerechteres, werden. Das System in der jetzigen Form ist abzulehnen.

Eine weitere Forderung muss sein, dass auch unsere KV Bediensteten, analog zu den Altbediensteten die Möglichkeit einer Freifahrt für die Wiener Linien bekommen und der derzeitigen Ungleichbehandlung ein Ende gesetzt wird.

Ein wichtiges Thema in den Sommermonaten ist, in AL-

LEN Pausenräumen Klimaanlage (Wärmesenkanlagen) zu installieren. Gerade der letzte heiße Sommer hat gezeigt das es bei

Außentemperaturen jenseits der 40 Grad unmöglich ist, sich in den noch heißeren Pausenräumen zu regenerieren. Nachdem der Fahrdienst seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Bediensteten nachgekommen ist, muss auch für B6 diese Lösung ins Auge gefasst werden. Es kann nicht sein, dass solche Unterschiede bei den einzelnen Abteilungen gemacht werden.

Wir werden diese Themen und noch einige mehr in Angriff nehmen, um für euch die bestmöglichen Bedingungen zu schaffen. Die Einzigen die das verhindern können, ist die Mehrheitsfraktion FSG, die sich immer mehr von einer Bedienstetenvertretung zu einer Unternehmensvertretung entwickelt und oft vergisst, dass sie den Kollegen und nicht dem Unternehmen verpflichtet ist.

Ich wünsche euch ein schönes, besinnliches und vor allem ruhiges Weihnachtsfest, sowie Gesundheit und bessere Arbeitsbedingungen für das Jahr 2014!



Rene König  
GLB BR B6 /PV B63



## Spezielle Auflistungsserie von sonderbaren Gegebenheiten und Ereignissen innerhalb der Abteilung-BU!

Ereignis – Nr.:02

Zuständigkeitsbereich: Zentrale Dienste/Diensteinteilung  
Thema: Übertragung der bewilligten EF-Tage ins HASTUS

Seit einigen Jahren besteht für die KollegInnen unserer Abteilung die Wahlmöglichkeit, über die Art und Weise der Konsumation der von ihnen eingearbeiteten Feiertage sprich EF-Tage zu entscheiden. Die Bediensteten werden regelmäßig im letzten Jahresquartal über ihre Entscheidung für das nächste Jahr von ihren Team- bzw. Gruppenleitern befragt! Aufgrund dieser Wahlentscheidung werden dann die eingearbeiteten Feiertage entweder als zusätzlicher Urlaubsgenuss genutzt oder den MitarbeiterInnen finanziell abgegolten.

Doch zuletzt konnte ich mich persönlich davon überzeugen als auch bei einigen anderen KollegInnen feststellen, dass die von der Diensterteilung genehmigten EF-Tage nicht in sinngemäßer Anwendung ins HASTUS übertragen werden! Diese Problematik gilt insbesondere nur für jene MitarbeiterInnen, die sich auf Grund ihrer Wahlentscheidung für einen zusätzlichen Urlaubsgenuss ausgesprochen haben.

Auch ein Urlaubszettel ist infolge eurer Unterschrift und jener des bearbeiteten Diensterteilers als ein Dokument zu werten. Daher sollte ein solches Dokument dementsprechend und unter folgenden Kriterien von euch angefertigt werden:

- \* der vorgegebene Vermerk „Normalurlaub“ wird auf beiden Teilen des Urlaubzettels durchgestrichen
- \* die beziehnehmende Angabe „EF-Tag für den z.B. 1.Mai 2013“ muss auf beiden Teilen des Urlaubzettels (über den zuvor gestrichenen Vermerk „Normalurlaub“), unbedingt erfolgen
- \* letztendlich wird der zusätzliche Urlaubsgenuss (Vermerk: vom z.B. 25.Juni 2013), den ihr für den eingearbeiteten Feiertag beantragt, auf beiden Teilen des Urlaubzettels vermerkt!

Nun sollte dieser Urlaubszettel dementsprechend vom bearbeiteten Diensterteiler bewilligt und somit 1:1 ins HASTUS übertragen werden. Doch das ist leider ein Irrtum da die unter diese Kriterien erstellten und bewil-

ligten EF-Tage am Urlaubszettel, nur als normale Urlaubstage im HASTUS aufscheinen und geführt werden! Die von der Diensterteilung gelebte Vorgehensweise entspricht einer willkürlichen und einseitigen Urlaubsvereinbarung und ist deshalb nicht zulässig, da sie die betroffenen KollegInnen arglistig täuscht! Die Nachvollziehbarkeit der eigenen Urlaubsplanung kann dadurch sehr stark verfälscht und in Mitleidenschaft gezogen werden!



Diese Tatsache wirkt sich für die MitarbeiterInnen wie folgt aus:

- \* die gebuchten EF-Tage verfallen und werden dem Bediensteten finanziell abgegolten
- \* anstelle der bewilligten EF-Tage werden nicht geordnete Urlaubstage von der Diensterteilung geltend gemacht
- \* dadurch fehlen den Bediensteten am Jahresende unbewusst Tage in seinem Urlaubs- bzw. Resturlaubskontingent

Damit unsere MitarbeiterInnen auch in Zukunft den Überblick bewahren, muss die Diensterteilung dementsprechend tätig werden und einen genehmigten EF-Tag auch als solchen im HASTUS vermerken!

Das GLB-Team hat die Diensterteilung schon mehrmals auf diesen Zustand aufmerksam gemacht und gibt zu bedenken, dass auch unsere Geduld dazu nicht grenzenlos sein wird!

Adriano Jansa

PV/BRe des GLB/GdG-KMSfB



Unsere **GLB** - Mitarbeiter bei den Wiener Linien  
Sektor Mitte



Petrovic Mihailo



Friedrich Hideghety



Anton Besenböck



Michael Putz

**B6/B63**



Rene König



Johann Müller



Johann Fuchsberger

**Sektor West**



Roman Böhm-Raffay



Richard Brandl



Fini Löwenstein



Manuela Brandl



Herbert Rieger



Djordje Japunza



Siegfried Leitgeb



Georg Hecht



Wolfgang Westermeier



Rita Sagerer

**Sektor Süd**

**VBB**

**Mitarbeiter**



Michael Schneeweiss



Raimund Napravnik



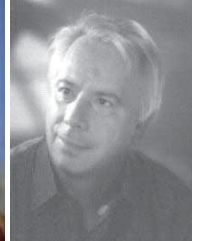
Harrer Eva



Gerhard Halvax HG VII



Jana Weber



Gerhard Eder HG VII  
Funktionär

**U-Bahn**



Adriano Jansa



Dejan Dimic



Karin Kirschenhofer

Impressum:

**Redaktion:**Roman Böhm-Raffay, Doris Grössinger, Gerhard Eder, Richard Brandl, Eva Harrer  
**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Roman Böhm-Raffay, Rene König, Richard Brandl, Adriano Jansa, Michael Schneeweiß, Raimund Napravnik, Fritz Hideghety, Eva Harrer, Gerhard Eder  
**Fotos:** GLB-Archiv  
**Herausgeber und Verleger:** Fraktion GLB-Gemeindebedienstete  
**Grafik, Satz u. Layout:** Doris Grössinger **Druck:** Druckerei Seitz  
**Redaktionsadresse:** GLB-Gemeindebedienstete, Redaktion "Der Winker", Wien 17., Elterleinplatz 6  
**Mail:** [glb-gemeinde@inode.at](mailto:glb-gemeinde@inode.at), Internetadresse: [glb-gemeinde.at](http://glb-gemeinde.at), Tel: 01 407 69 36 od. 0664 4149853  
**Bestellungen:** Schriftlich an den GLB-Gemeindebedienstete. Für unverlangt eingegangene Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.  
Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des GLB übereinstimmen.  
Das Redaktions- und Graphikteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld.  
Spenden sind willkommen!  
**Bankverbindung:** BAWAG BLZ: 14000; Kontonummer: 01710003595  
**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 3.12.2013, **Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 31.1.2014  
Leserbriefe sind willkommen!